

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend bessere Chancen für Frauen in Oberösterreich

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass folgende Schritte für eine gelingende Gleichstellung von Frauen und Männern gesetzt werden:

- Vergleich und Bewertung von Berufsfeldern nach deren physischer und psychischer Belastung auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen als Grundlage für eine gerechte und gleiche Entlohnung
- Reduktion der Normarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich.

Begründung

Der Bundesländervergleich zeigt auf, dass es Frauen in Oberösterreich besonders schwer haben. In keinem anderen Bundesland sind die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern größer. Rund 12.770 Euro jährlich verdient eine Oberösterreicherin im Schnitt weniger als ein Oberösterreicher. Auch bei der Erwerbstätigkeit schneidet Oberösterreich unterdurchschnittlich ab. Lediglich 48,8% der unselbständig erwerbstätigen Frauen in Oberösterreich hatten im Jahr 2016 einen Vollzeitjob. Durch die Einführung der Kindergartengebühren am Nachmittag und dem möglichen Wegfall von Betreuungsplätzen droht ein zusätzlicher Verdrängungseffekt aus dem Erwerbsleben.

Auf Ministeriumsebene ist eine Kommission einzurichten, die jedes Berufsfeld auf die dort vorherrschenden psychischen und physischen Belastungen hin wissenschaftlich überprüft und beurteilt. Aus den Ergebnissen dieser Kommission heraus gilt es insbesondere jene Gehaltschemata zu hinterfragen, wo bei unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern mit gleichhoher oder gar höherer Belastung weniger als in anderen, weniger belastenden Berufen bezahlt wird. Es sind aus solchen Studien Schlüsse zu ziehen, inwiefern insbesondere frauendominierte Berufe mit hohem Belastungsfaktor von einer Schlechterstellung betroffen sind und was zu tun ist, um eine dem Grad der Belastung entsprechend faire Bezahlung für Männer und Frauen über sämtliche Berufsfelder hinweg zu schaffen.

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für eine gerechtere Verteilung der Familienarbeit sehen die unterfertigten Abgeordneten die mittelfristige Einführung einer 30-

Stunden-Normarbeitswoche bei vollem Lohnausgleich als gesellschaftspolitisch wertvollen Schritt an.

Linz, am 26. Februar 2018

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Promberger, Müllner, Binder, Weichsler-Hauer, Rippl, Makor, Krenn, Punkenhofer, Peutlberger-Naderer, Schaller, Bauer